

Pressemitteilung bvt ds_100819

BVTDS

Berufsverband der Trainer/innen im Deutschen Sport e.V.

Tobias Grosse – Pressesprecher

E-Mail: presse@bvt ds.de

E-Mail: tobias.grosse@bvt ds.de

Mobil : +49 152 25683029

Geschäftsstelle

Sportforum Chemnitz

Reichenhainer Str. 154

09125 Chemnitz

Internet: www.bvt ds.de

Hamburg, den 10. August 2019

Berufsverband kritisiert den 14. Sportbericht der Bundesregierung

Laut Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) vom 03.04.2019 hat die *Bundesregierung den 14. Sportbericht der Bundesregierung* beschlossen und dem Deutschen Bundestag zugeleitet. Nach Aussage des BMI bilanziert der 14. Sportbericht der *Bundesregierung* die sportpolitische Entwicklung im Zeitraum 2014 bis 2017 unter Berücksichtigung der für den Sport wesentlichen Ereignisse aus diesen Jahren sowie – aufgrund der zeitlichen Nähe – der Olympischen und Paralympischen Winterspiele in Pyeongchang, die außerhalb des eigentlichen Berichtszeitraums im Februar und März 2018 stattgefunden haben.

Derzeit befindet sich der 14. Sportbericht in der parlamentarischen Diskussion. So fand am 05.06.2019 eine öffentliche Anhörung im Sportausschuss des Deutschen Bundestages statt. Der BVTDS kritisiert deutlich, dass er nicht in die öffentliche Beteiligung, wie bspw. der Verein Athleten Deutschland e.V. durch den Sportausschuss einbezogen war. „In anderen Berufsbranchen wäre es undenkbar, wenn bei derart richtungsweisenden Unterrichtungen der Bundesregierung der entsprechende Berufsverband kein Gehör gefunden hätte“, so Gert Zender, Co-Präsident des BVTDS.

Was den Inhalt des 14. Sportberichtes angeht, ist zunächst erfreulich, dass eine gegenüber dem 13. Sportbericht der Bundesregierung vom 05.12.2014 eine positive Tendenz in Sachen *Verbesserung der Rahmenbedingungen für Trainer*innen im Spitzensport* zu verzeichnen ist.

Allerdings sieht die Bundesregierung die alleinige Verantwortung für die Verbesserung der Rahmenbedingungen bei DOSB und den Spitzenverbänden. Co-Präsident Holger Hasse dazu: „Dass die Arbeitgeber in erster Linie verantwortlich sind für die Verbesserung von arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, ist selbstverständlich. Die Rahmenbedingungen basieren jedoch auf gesetzlichen Grundlagen, die der Staat geschaffen hat und deren Überwachung der Einhaltung durchaus, insbesondere dann, wenn auch noch mit öffentlichen Geldern gefördert, eine staatliche Aufgabe ist. In der Diskussion hat sich aber auch gezeigt, dass die Steigerung der Attraktivität des Trainer-Berufes nur mit entsprechender Ausstattung finanzieller Mittel einhergeht, vorrangig dann, wenn es um

flexible Vergütung, die Abgeltung von Mehrarbeit, der Altersteilzeit oder das Zahlen von Abfindungen geht.“

Es erscheint so, als würde dieser finanzielle Mehraufwand allein in der Sphäre der Verbände gesehen. Wie anders soll die Bemerkung auf Seite 29 des 14. Sportberichts zu verstehen sein, „dass es nicht in erster Linie darum gehen kann, mehr Fördermittel in das System Spitzensport zu geben, sondern die vorhandenen Mittel wirkungsvoller einzusetzen.“ Gemeint ist die Umverteilung auf die Sportarten und Disziplinen, die auf Sicht von zwei Olympiazyklen Medaillenpotential vorweisen können.

„Sollte die Bemerkung auf Seite 29 des Berichts, *der Athlet und der Trainer stehen im Mittelpunkt*, ernst gemeint sein, dürfte es nicht nur um eine Umverteilung der Mittel zwischen verschiedenen Sportarten gehen, sondern um eine Erhöhung der zur Verfügung gestellten Mittel. Ein erstes Zeichen hat die Bundesregierung in Sachen Athleten gesetzt, indem deren Förderung rückwirkend zum 01.01.2019 deutlich erhöht wurde. Dafür stellt der Bundestag für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 je 7 Mio. Euro bereit. Konsequenter wäre es jetzt, dass die Verbände eine deutliche Erhöhung für die Trainerfinanzierung erhalten, die auch tatsächlich bei den Trainerinnen und Trainern ankommt“, fordert Gert Zender, zugleich auch Präsident des Verbandes Deutscher Tischtennistrainer.